**Schulgebäude an der Mörikestraße**

**Droht hier ein Ghetto?**

Hoechster Kreisblatt vom 29.08.2014

Von [Manfred Becht](http://www.kreisblatt.de/autor.=bt/)

**In Eddersheim werden Unterschriften gegen die angedachte Unterbringung von Asylbewerbern in der Alten Grundschule gesammelt.**



[bild](http://www.kreisblatt.de/lokales/main-taunus-kreis/Droht-hier-ein-Ghetto;art676,1006786,F::pic695,716051)

In diesem Gebäude möchte die Kreisbehörde Dutzende Asylbewerber unterbringen, zum Verdruss von manchen Eddersheimern. Foto: Nietner

[versenden](http://www.kreisblatt.de/_/sendmail.html?PG=/lokales/main-taunus-kreis/Droht-hier-ein-Ghetto;art676,1006786)[drucken](http://www.kreisblatt.de/lokales/main-taunus-kreis/Droht-hier-ein-Ghetto;art676,1006786,PRINT?_FRAME=33)

**Eddersheim.**

Noch ist eine Entscheidung im Landratsamt nicht gefallen. Ob der Main-Taunus-Kreis die Alte Grundschule in Eddersheim tatsächlich als Flüchtlingsunterkunft nutzen möchte und kann, das steht noch nicht fest und hängt wohl davon ab, was in der erwarteten Machbarkeitsstudie steht. Dabei geht es sicher um die Kosten für den notwendigen Umbau, aber wohl auch um die Frage, ob daraus überhaupt etwas werden kann, wenn das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt werden sollte. Denn ein Erhalt der Raumaufteilung im Gebäudeinneren verträgt sich nicht unbedingt mit dem Einbau von Küchen und Toiletten.

**Droht gar ein Abriss?**

Das ist eine Frage, die auch die Nachbarn des Schulhauses aus dem Jahre 1911 brennend interessiert, denn der Denkmalschutz könnte die Überlegungen des Kreises zunichte machen. Freilich wollen einige Eddersheimer nicht darauf warten, bis sich die Denkmalschützer eine Meinung gebildet haben. Aus dem anfänglichen Murren gegen eine mögliche Asylbewerberunterkunft ist eine Bürgerinitiative erwachsen, die jetzt Unterschriften in dem Stadtteil sammelt.

Die Argumente, die auf dem Unterschriftenblatt aufgeführt werden, sind vielfältig. Man fürchtet eine Ghettoisierung und einen neuen sozialen Brennpunkt. Die soziale Umschichtung im Ort, die ohnehin wegen der Belastung durch den Fluglärm vorhergesagt wird, werde sich wohl beschleunigen oder verstärken. Eddersheim werde dann auch mehr Asylbewerber aufnehmen als nach den berechneten Quoten notwendig. Und die Gegner des Vorhabens fürchten auch, dass die Schule mittelfristig abgerissen werden muss.

**Raum für Kinderbetreuung**

Genau dies wollen sie aber nicht: Die Initiatoren der Unterschriftensammlung fordern die „Erhaltung und Sanierung des denkmalwürdigen Gebäudes“. Geht es nach ihnen, wird zunächst ein Runder Tisch unter Beteiligung von Bürgern, Stadt- und Kreisvertretern gebildet. Die Initiative stellt sich vor, dass das Gebäude stärker für gemeinschaftliche Zwecke genutzt werden kann. Vor allem soll das Gebäude auch für die Kinderbetreuung erhalten werden. Zuletzt waren dort die „Kleinen Strolche“ untergebracht, eine aus dem Spielkreis Eddersheim hervorgegangene Betreuungseinrichtung. Der starke Zuzug von jungen Familien habe die Stadt bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren geradezu überrollt, sagt Frank Wolf, der der Bürgerinitiative ebenfalls angehört. Sowohl Hattersheims Bürgermeisterin Antje Köster (SPD) als auch Landrat Michael Cyriax (CDU) hätten zugesagt, die Eltern bei der Lösung dieses Problems zu unterstützen, mahnt Wolf. Dass die beiden Politiker daraus freilich eine Verpflichtung ableiten, das Schulgebäude für die Kinderbetreuung zu reservieren, ist nicht unbedingt anzunehmen.

Keine neuen Informationen gibt es offenbar zu der Frage, wie viele Flüchtlinge in Eddersheim untergebracht werden könnten. Die vor einigen Wochen gehandelte Zahl von 80 Personen hat das Landratsamt aber als zu hoch zurückgewiesen. Trotzdem spricht die Bürgerinitiative von einer „zentralen Asylunterkunft“.

Überhaupt noch nicht geäußert haben sich zu diesem Thema bisher die Hattersheimer Parteien. Das wiederum ist keine Überraschung – die Christ- und die Freidemokraten werden sich nicht gegen aus ihren Parteien stammende Spitzenpolitiker im Kreishaus stellen wollen, SPD und Grüne halten sich bei Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte generell zurück. Dass der Kreis sich von Protesten nicht sonderlich beeindrucken lässt, hat sich zuletzt bei einem ähnlichen Vorhaben im Eppsteiner Stadtteil Bremthal gezeigt. Immerhin gibt es dort inzwischen auch ehrenamtliche Helfer, die sich um die neuen Flüchtlinge kümmern wollen.

Der Main-Taunus-Kreis selbst ist ebenfalls keineswegs frei in seinen Entscheidungen – dem Vernehmen nach muss er bis zum Jahresende noch etwa 300 Flüchtlinge unterbringen.